



<https://biz.li/2zom>

# GANZHEITLICHE VORSORGE FÜR DEN KRISENFALL

Veröffentlicht am 29.01.2021 um 14:59 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

In akuten Krisensituationen gilt es, schnell zu handeln

und dem betroffenen Menschen die richtige Unterstützung zu geben. Besonders in der Psychiatrie führen manche stationären Behandlungen - wie Zwangseinweisungen und Fixierungen - zu belastenden Situationen für Patientinnen und Patienten wie für das Personal. Seit Anfang des Jahres gilt eine neue Behandlungsvereinbarung, die regionsweit für den Krisenfall vorsorgen und damit einschneidende Behandlungen für die Betroffenen möglichst vermeiden soll. "Das Prinzip ist eigentlich einfach: Die Kliniken sprechen mit den betroffenen Menschen auf Augenhöhe, nehmen den ganzen Menschen in den Blick und treffen gemeinsame Vereinbarungen für den Fall, dass eine erneute Krisensituation eintritt. Die neue Behandlungsvereinbarung dient dafür als Grundlage. Das schafft Sicherheit für die Betroffenen, aber auch für die Behandelnden", so Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziale Infrastruktur der Region Hannover. "Ich freue mich, dass alle Psychiatrie-Akteure in der Region die Entwicklung dieser Vereinbarung begleitet haben." Ein Jahr lang trafen sich auf Initiative des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover Vertreterinnen und Vertreter des Vereins Psychiatrie-Erfahrener Hannover und der fünf psychiatrischen Kliniken, die für die Region Hannover zuständig sind. Ziel war es, gemeinsam eine Behandlungsvereinbarung zu entwickeln, die in den KRH-Psychiatrien Langenhagen und Wunstorf, in der Medizinischen Hochschule Hannover, im Klinikum Wahrenndorff und in der Burghof-Klinik in Rinteln einheitlich genutzt wird und damit für die gesamte Region Hannover gilt. Das Ergebnis: Ein Gesprächsleitfaden, der alle wichtigen Punkte für zukünftige Behandlungen in der Klinik erfasst und gleichzeitig der Dokumentation der Absprachen zwischen Betroffenen und den Kliniken dient. Dazu gehören die Hinweise zu wichtigen Kontaktpersonen, Erfahrungen mit Anspannungen und Krisen, Erfahrungen mit Medikamenten und anderen Therapieangeboten, Erfahrungen mit Unterbringungen durch die Gerichte, ebenso wie die Hinweise zur sozialen Situation, zu Kindern, Angehörigen und Haustieren. "Die Behandlungsvereinbarung dient damit nicht nur der gegenseitigen Vertrauensbildung, insbesondere für den Fall von Aufnahmen in akuten Krisensituationen, sondern gibt auch viele wichtige Informationen zu den bisherigen Erfahrungen mit stationären Behandlungen. Diese Absprachen tragen maßgeblich dazu bei, in Krisensituationen passgenau helfen zu können", erklärt Psychiatriekoordinator der Region Hannover Uwe Blanke. Das Formular zum Abschluss von Behandlungsvereinbarungen ist über die Kliniken und über den Verein Psychiatrie-Erfahrener Hannover e.V. zu erhalten. Außerdem steht es auf der Internetseite des Sozialpsychiatrischen Verbundes als Download-Datei unter [www.hannover.de/spv](http://www.hannover.de/spv) zur Verfügung.